

Wöchentlich 50 Pf., monatlich 1,50 Pf. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags ...

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kampagne ...

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfach-Nr.: Berlin 37 596. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63, E. u. D. B. G. B., Depostenkasse, Jerusalemstr. 21, 50, 60.

Gleichmäßige Abrüstung!

Ein Beschluß des Auswärtigen Ausschusses. — Alle Anträge zum Reparationsproblem abgelehnt.

Der Auswärtige Ausschuss schloß seine gestrigen Beratungen erst am Abend ab. In der Abstimmung wurde ein Antrag des Abg. Dauch (D. Sp.) mit einem Zusatzantrag des Abg. Graf Westarp (Kau.) mit den Stimmen der Nationalsozialisten, der Christlichsozialen, des Zentrums, der Bayerischen Volkspartei, der Wirtschaftspartei und des Landvolks gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten, bei Stimmenthaltung der Deutschnationalen angenommen. Der Antrag lautet:

Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Berichts des Reichsministers des Auswärtigen von dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung, insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bunderversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen. Er muß danach feststellen, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben. Die Staaten, die mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand sind, haben bei den letzten Conferenzen Beratungen nicht einmal zu einem Beschlusse veranlaßt werden können, der die schnelle Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sicherstellt haben würde.

Deutschland steht somit vor der Tatsache, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zu vollständiger Entwaffnung bis zum letzten Punkt hat durchführen müssen, daß ihm aber die notwendigsten Zugeständnisse, nötige jährliche Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verstärkung der Rüstungen. Der Auswärtige Ausschuss ist der Ansicht, daß dieser Zustand in tristem Widerspruch zu dem Grundsatze der Gleichberechtigung steht, daß er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet, und daß er aus diesen Gründen völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schnelle Aenderung der gefährlichen Lage hinwirkt, und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und der Grundsatze vollständiger Sicherheiten entspricht, und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gemillt sind, diese Forderung entsprechend den im Berliner Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Alle Anträge zum Reparationsproblem wurden mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt.

Das Ergebnis der Abstimmungen im Auswärtigen Ausschuss, namentlich soweit die Abstimmungen über die Reparationsfrage in Betracht kommen, ist ein Ausfluß der Desorganisation, die in diesem Reichstag Platz gegriffen hat. Bei der Zusammenlegung des Ausschusses sind alle Abstimmungen mehr oder weniger von Zufälligkeiten abhängig; sie stellen gewissermaßen ein Gesellschaftsspiel dar, bei dem niemand wissen kann, was herauskommt.

Der Ausschuss hat alle Anträge zur Reparationsfrage abgelehnt — mit wechselnden Mehrheiten. Darin liegt der Schlüssel zur politischen Bewertung dieses Ergebnisses. Die wechselnden Mehrheiten waren uneinig über die Zweckmäßigkeit der vorliegenden Anträge, und so ist bei dieser Zusammenlegung gar nichts herausgekommen. Nichts wäre falscher als der Schluss, daß dies negative Ergebnis ein Ausdruck der Zufriedenheit des deutschen Volkes mit den Young-Zahlungen sei!

Berlin! Berlin!

Das Ende einer Hege. — Um den neuen Oberbürgermeister.

Primitiven Naturen ist es Bedürfnis, am Grabe zu lärmern und zu schreien, um die eigene Furcht zu bannen. Daran sollte man bei den jetzigen lauten Debatten im Stadtparlament und ihrem Echo in der Oppositionspresse denken. Denn kein Lärmen hilft über die Tatsache hinweg: Sie ist tot, die skrupellose Hege gegen alles, was Berlin und Berliner Stadtverwaltung heißt. Den Leichenstein wird ihr in kürzester Zeit der Auflösungsbeschluss des Landtagsauschusses, zur Untersuchung der Wirtschaft der Stadt Berlin" setzen.

Wissen wir noch, wie die Hegekampagne entstand? Es lohnt sich, ihren Werdegang als warnendes Beispiel festzuhalten. Der Skarek-Betrug gab den äußeren Anstoß. Der Wille der Stadtverwaltung, Ursache und Umfang dieses betrüblichen Falles aufzuklären und alle Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen, kam bereits in den ersten amtlichen Verlautbarungen deutlich zum Ausdruck, die Untersuchung war in die Hände der Staatsanwaltschaft bzw. des Oberpräsidiums als Disziplinarbehörde gelegt.

Aber man schrieb Oktober — und am 17. November sollten Stadtverordnetenwahlen sein! Grund genug, daß es den Oppositionsparteien weniger um sachliche Aufklärung als um politische Ausschlagung zu tun war. Der Fall Skarek selbst war freilich denkbar ungeeignet dafür, da Angehörige aller Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Kommunisten, in ihn verwickelt waren. Man konnte ihn allenfalls so zurechtbiegen, daß in erster Linie die „Regierungsparteien“ im Rathaus durch ihn belastet würden. Aber das allein genügte für einen Wählerfolg wohl noch nicht.

So ging man denn auf „Korruptionsjagd“. Kaum ein Tag verging ohne die angebliche Aufdeckung eines neuen „Falles“. Die Kampagne war bald in vollem Gange. Sie richtete sich vor allem gegen die wirtschaftliche Betätigung der Stadt, gegen die städtischen Unternehmungen, angefangen von der Verkehrs-Gesellschaft bis zur Müllabfuhr, zur Brennstoffgesellschaft, zur Wohnungsfürsorge. Heberoll wurden „Fälle“ aufgedeckt, alte und neue, wirkliche Verfehlungen einzelner wurden verallgemeinert, jeder leitende Beamte und Angestellte innerhalb der städtischen Verwaltung war vogelfrei. Der politische Zweck dieser Standaljagd war durchsichtig genug, sie war ein Teil des konzentrischen Angriffs auf die wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand, ein Mittel zur Diskreditierung kommunaler Betriebe, um das Eindringen der Privatwirtschaft zu erleichtern, ein Vorstoß gegen die Erfolge sozialdemokratischer Gemeindepolitik.

Daß die Kommunisten dabei mitmachten, war selbstverständlich; die Gefahren für die kommunale Wirtschaft waren ihnen gleichgültig, wenn sie der Sozialdemokratie eins auswischen konnten. Aber der Hegefildzug hätte niemals einen so großen Umfang annehmen, niemals so große vorübergehende Erfolge zeitigen können, wenn ihm nicht ein allzu willfähriger Bundesgenosse in gewissen Boulevardblättern erstanden wäre, die im Wettstreit mit der eigentlichen Standalpresse aus der politischen Konjunktur ein Strahengelächel zu machen suchten, unbedünmert um den politischen Effekt, der jeder politischen Vernunft, ohne Rücksicht auf das Ansehen und den Kredit der Reichshauptstadt. So wurde die Standaljagd zur Standaljagd. Draußen im Reich wurde die eigene Hauptstadt vor aller Welt in einer noch nicht dagewesenen Weise beschimpft und verümdet, die „Skarekstadt“ war zum Inbegriff aller Korruption geworden.

Inzwischen war der Hegekampagne ein weiterer unerwarteter Helfer in der Finanznot der Stadt entstanden. Scheinbar ohne ursächlichen Zusammenhang, brachen hier plötzlich neue Quellen der Unruhe, der politischen Erregung, der Sensation auf, die sich mit den trüben Schlammfluten der Standaljagd mischten und sie in immer rascherem Tempo vorwärts trieben. Ueber die wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Ablehnung der letzten Auslandsanleihe Berlins liegt noch immer Dunkel gebreitet — die wirtschaftlichen und politischen Folgen dieser Ablehnung traten aber sofort grell in die Erscheinung. Die Geldsorgen aller deutschen Städte, ihre kurzfristige Verschuldung infolge der Anleiheperre, ihre finanziellen Transaktionen schienen auf einmal in Berlin konzentriert. Kein Wort mehr von der Finanznot Kölns oder Breslaus oder Hagens, kein Wort mehr von Städten, die ihre Finanzen durch jahrelangen Vorkrampf auf die Hauszinssteuer oder dergleichen gestützt hatten — „Berlin vor dem Zusammenbruch“, „Berlin unter Geschäftsaufsicht!“, so höhnte es. Das Stroh-

Berliner Brifetts werden billiger.

Der Widerstand der Braunkohlensyndikate gebrochen.

Die Verhandlungen des Reichswirtschaftsministeriums in den beiden letzten Tagen mit dem Ostfälischen und Mittelfränkischen Braunkohlensyndikat haben dazu geführt, daß die Syndikatspreise von 15 auf 14 Mark je Tonne, also um etwas mehr als 6 Prozent gesenkt werden. Dieses Abkommen gilt zunächst für die Monate November und Dezember.

Das preussische Handelsministerium führt zur Zeit im Anschluß an das Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums wegen der Durchführung der Preisentzug bis zum letzten Verbraucher Verhandlungen mit dem Berliner Brifetthandel, die eine

Senkung der Kleinhandelspreise in dem Umfang des Preisabbaues der Syndikate zum Ziele haben.

Auf die Kleinverkaufspreise möchte sich danach die Preisentzug der Syndikate mit 5 Pf. je Zentner Kohle auswirken.

Die Verhandlungen des preussischen Handelsministeriums zielen aber noch weiter und wollen eine noch kräftigere Senkung der Kleinverkaufspreise durch eine Beringerung der Handelszwisehengewinne durchsetzen.

Der positive Abschluß dieser Verhandlungen ist erfreulich. Das Reichswirtschaftsministerium hätte aber bei weiterem Widerstand des Ostfälischen Braunkohlensyndikats auch Nachtmittel genug gehabt, um die Halsarrigkeit der Braunkohlensyndikate zu brechen.

Bersammlung wurde auch von dem Generalrat der Arbeiter ausgesprochen.

Wahlkampf in Oesterreich.

Massenfunktion in Wien.

Wien, 29. Oktober. (Eigenbericht.) Das Organ des Landbundes, das „Extrablatt“, wurde am Mittwoch wegen Abdruck eines Putschplanes, den die Heimwehr im Sommer aufgestellt hatte, beschlagnahmt. Auch die Wiltagszeitung wurde wegen Abdruck eines Artikels, den Leon Blum im Pariser „Populaire“ über die österreichische Gefahr geschrieben hatte, konfisziert. Das gleiche Schicksal blühte der „Wiener Allgemeinen Zeitung“, die eine Statistik über die starken Kurzurgänge der österreichischen Aktien seit dem Antritt der neuen Regierung veröffentlicht hatte.

Christlichsoziale Hege.

Ein christlichsoziales Wahlplakat stellt drei Jugendliche in der Tracht der Sozialistischen Arbeiterjugend, blaue Blusen und rote Schlipse, dar, die an Kreuzstrich mit Steinen bewerkeln und dadurch bereits einen Arm der Statue abgedrohen haben. Wegen dieser gotteslästerlichen Beschuldigung eines Verbrechens hat der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend die Beschuldigungslage eingeklagt und die Beschlagnahme des Plakats beantragt, was vom Gericht auch verfügt wurde.

Die britische Reichskonferenz.

Ein weiterer Schritt zur vollen Autonomie.

London, 29. Oktober. (Eigenbericht.) Das Verfassungskomitee der britischen Reichskonferenz beschloß, dem Vorum des Kongresses folgende Vorschläge zu unterbreiten: 1. Die Ernennung der Generalgouverneure durch die Dominions sowie eine weitere Reform der gesetzgebenden Versammlungen der Hebereseestaaten.

2. Einen britischen Reichsgerichtshof zur Schlichtung aller zwischen dem Mutterland und den Hebereseestaaten schwebenden Streitfragen.

3. Eine in der nächsten Zeit auszuarbeitende Reform, um die diplomatischen Beziehungen zwischen den Dominions und den auswärtigen Mächten neu zu regeln und auf neue Grundlagen zu stellen. Diese Vorschläge, von denen man annehmen muß, daß ihnen auch England zustimmt, bedeuten in der Praxis einen weiteren größeren Schritt der Hebereseestaaten zur vollen Autonomie.

Wahlboykott in Palästina.

Ein Beschluß der Arbeiterpartei.

Jerusalem, 29. Oktober. (Eigenbericht.) Eine außerordentliche Parteikonferenz der Arbeiterpartei Palästinas verwarf die neue Palästinapolitik der Regierung und lehnt es ab, sich an der Wahl einer künftigen gesetzgebenden Versammlung zu beteiligen. Der Boykott gegen diese gesetzgebende

Heim der Geächteten. Heilstätte für Lupus Kranke / 50000 Opfer der Hauttuberkulose

Witten im schönsten märkischen Hochwald, 50 Kilometer weg von Berlin, ist bei Müncheberg ein mustergültiges Haus entstanden...

Der Lupuskranke hat unter seiner Erkrankung besonders schwer zu leiden, weil die Seuche in den meisten Fällen das Gesicht des Betroffenen vollkommen entstellt.

Berzweifelten Menschen neue Lebensfreude.

Wie bei einer schlichten Eröffnungsfeier, bei der Dr. Hamel, Präsident des Reichsgesundheitsamtes die Anstalt ihrer Bestimmung übergab...

Unter Mithilfe des Reichsarbeitsministeriums, des preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte...

Wie die Kranken wohnen.

Die Krankenzimmer sind nach Geschlecht, östlich — weiblich, westlich — männlich, und nach Lebensalter, Erwachsene mit größeren, Kinder mit kleineren Freiflächen davor...

den Südpark. In die Speiseräume schließen sich die Küchenräume, die mit der vorerwähnten Durchfahrt und den Bäderräumen den Wirtschaftslügel bilden.

D-Zugunglück in Frankreich.

16 Personen getötet, viele verletzt.

Paris, 29. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Mittwoch ist auf offener Strecke der Expresszug Genf—Lyon—Bordeaux, der u. a. 200 rumänische Auswanderer transportierte...

Die Verbindung mit den Nachbarstationen gestaltete sich äußerst schwierig, da die Lokomotiven, die aus den Schienen sprangen und sich vollkommen umlegten...

Die Ursache des Unfalls steht noch nicht fest, doch glaubt man, daß ein Fremdkörper auf den Schienen die Entgleisung verursacht habe.

Drei Todesopfer der „Baden“-Besetzung.

Hamburg, 29. Oktober.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie jetzt mitteilt, sind inzwischen zwei weitere deutsche Mitglieder der Besetzung, nämlich der

Sozialistische Studentenschaft Deutschlands und Oesterreichs

Am Freitag, dem 31. Oktober 1930, abends 8 Uhr im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3

Kundgebung

der Sozialistischen Studentenschaft für den demokratischen Sozialismus

Redner: Crispian - Otto Braun - Brandes - Radbruch

Unkostenbeitrag 0,20 Mark Einlaß abends 7,30 Uhr

Karten sind erhältlich im Jugendsekretariat der SAJ.

die im Behandlungslügel angeordneten Behandlungsräume und Büroräume zu erreichen. An diesen fügen sich, den Vorhof umrahmend, die Wohnlflügel, westlich für Schwestern und Ärzte...

Die Bauart ist ebenbürtig der wirtschaftlich und methodisch durchdachten Bauform. Isolierungen schützen sowohl den Fußboden wie auch die Decken gegen aufsteigende, beziehungsweise absteigende Temperatur und Feuchtigkeit.

Maschinenwärter Wilhelm Uhrberg und der Matrose Heinrich Osterkamp, an den schweren Verletzungen, die sie bei der Beschießung der „Baden“ vor Rio de Janeiro erlitten haben, gestorben...

Zur Oberbürgermeisterwahl.

Ministerium bestätigt / Geschenkwurf muß beachtet werden.

In einem Teil der Presse waren verschiedentlich Zweifel geäußert worden, ob das Ministerium die Bestätigung des jetzt neu-zuwählenden Stadtkämmerers und Oberbürgermeisters nicht bis zur Verabschiedung des neuen Gesetzes Groß-Berlin aussetzen würde.

„Der Erlaß geht davon aus, daß bei der Ausübung des Bestätigungsrechts der Entwurf eines Selbstverwaltungsgesetzes für die Hauptstadt Berlin nicht unberücksichtigt bleiben darf.“

Da derartige Vereinbarungen schon im Interesse der Stadt erforderlich sind und unschwer zu treffen sein dürften, so ist damit der Weg zur baldigen Wiederbesetzung der freien Stellen im Magistrat gebahnt.

Disziplinarverfahren gegen Schenk.

Das Konsistorium greift ein.

Pfarrer Schenk hat sich am letzten Sonntag während seiner Predigt in der Kirche zu Bonn auch mit dem Frenzel-Prozess und mit dem Zeugenauslagen beschäftigt, soweit sie ihn selbst betrafen.

sich ins Weinen gebroht — diese Kleinigkeit sah der Doktor und sie brachte ihn aus der Fassung. Er mußte wegblicken.

„Sehen Sie, die Fenster dort drüben können Sie zählen, es sind mindestens hundert und das ist nur das Hauptgebäude. Mehr als tausend Menschen sind ununterbrochen krank. Wir müssen helfen und wir müssen deshalb an jedem einzelnen Kranken lernen, nur so läßt sich unsere Aufgabe erkennen.“

Sie unterbrach den Arzt: „Aber, aber — wie so operiert? Niemand hat uns um Erlaubnis gefragt?“

„Solche operativen Eingriffe sind zuweilen ganz plötzlich durch den Gang der Krankheit bedingt, Frau Berla. Man würde das Leben mancher Patienten gefährden, wollte man dann erst noch die Angehörigen zu Rate ziehen.“

(Fortsetzung folgt)

Walter A. Persich 29) Vielleicht morgen...

Der Arzt ging mit erstaunlich kleinen und schnellen Schritten an ihr vorbei, die Hände in die Taschen seines weiß wehenden Mantels gehoben — einmal schien es, als tauchte er mit der Schwester heimlich einen Blick, aber dann war wieder nichts.

„Sehen Sie sich das an. Haben Sie so eins bekommen oder nicht?“

„Nein, Herr Doktor — ich kenne es nicht. Gestern früh hat man mich fortgeschickt, weil ich nicht vor elf Uhr gekommen bin. Heute bin ich zeitiger hier.“

Die Mutter stand unverändertlich an ihrem einmal eingenommenen Platz in der Mitte des Zimmers, auch noch, als sie allein mit der Schwester blieb. Eine gerade, schlecht gekleidete, arme und ruhrende Gestalt, ohne Hut. Ihre Hand drehte heiß das Paket mit dem Hemdchen für Ferdinand, und langsam verächnelte und riß das Papier, in das es so sorgsam verpackt war.

Draußen sprach heftig ein Mann, dann kam der Arzt zurück. Er ging an den Schrank, kramte in einem offenen Fach, als habe er vergessen, was er eigentlich erledigen wollte.

„Wollte die Schwester nicht hören, was hier vorging? Sie fortierte überlaut einen Altenstapel. Auf dem Kies, draußen, rüllte mit klirrenden Rädern ein Auto vorbei.“

Hier aber forderte eine Frau ihr Recht. Ein klares, einfaches Recht, soviel war zu sehen, aber der Zettel, den Doktor Paulsen vor der Tür in die Tasche gesteckt hatte, sagte genug.

„Schön —“ sagte Dr. Paulsen wie gedankenlos, „es hilft nicht, junge Frau. Sehen Sie sich mal ganz ruhig zu mir, ich will Ihnen die Sache so gut erklären, wie es geht.“

„Das Paket blieb in ihrer linken Hand, die Finger hatten

Heute Abstimmung der Streikenden.

RSD. will ohne Befragung der Arbeiter Katastrophenpolitik treiben.

Als Antwort auf die großspurigen Ankündigungen der sogenannten „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, das heißt der RPD, sagte Ulrich gestern zu den Obleuten der Streikleitungen, daß keine andere Organisation als der Deutsche Metallarbeiter-Berband und die mit ihm im Metallkartell zusammengeschlossenen Organisationen den Schiedspruch und seine Verbindlichkeitsklärung beseitigt hat; daß keine andere Organisation den Streik geführt hat und auch zu Ende führen wird, als der Deutsche Metallarbeiter-Berband. Wenn in der kommunistischen Presse so getan wird, als ständen die Köpfe der Streikenden hinter der RSD, so wird sich sehr schnell erweisen, daß hinter der RSD, gar nichts steht als die RPD, die für gewerkschaftliche Kämpfe nicht in Frage kommt.

Heute stimmen die Streikenden ab.

Die sogenannte RSD. will die Arbeiterschaft daran verhindern, zu dem Verhandlungsergebnis Stellung zu nehmen, wie sie auch stets, ohne die Arbeiter zu befragen, zum Streik aufruft.

Für die RPD., die sich nur sehr schlecht hinter der RSD. verbirgt, ist der Streik der Metallarbeiter nur eine Gelegenheit, politische Agitation zu treiben. Nichts kommt ihr dabei mehr ungelogen, als die Tatsache, daß es gelungen ist,

die Verbindlichkeitsklärung zu verhindern und den Schiedspruch zu beseitigen.

Jeder gewerkschaftliche Erfolg ist eine Niederlage für die RPD. Wenn die kommunistische Presse jede Gelegenheit wahrnimmt, um gegen die Gewerkschaften zu Felde zu ziehen, so ist es im „Vorwärts“ Tradition, stets mit den Gewerkschaften zu gehen. Die Mitteilungs, die der „Vorwärts“ gestern über den Abschluß der Verhandlungen im Streik der Metallarbeiter gemacht hat, ist im Einklang mit dem Deutschen Metallarbeiter-Berband veröffentlicht worden. Das versteht sich eigentlich von selbst. Der „Vorwärts“ handelt in allen gewerkschaftlichen Dingen

stets in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften

und verteidigt die gewerkschaftlichen Forderungen der Arbeiter. Die Streikenden werden heute in dem Bewußtsein abstimmen, daß sie in jedem Falle den Schutz ihrer gewerkschaftlichen Organisation, der sie angehören, genießen und daß sie dabei auf die Unterstützung des „Vorwärts“ zählen können. Sie werden sich aber auch bewußt sein, daß die sogenannte RSD. mit ihrem Schindluder treibt und sie zu einer Katastrophenpolitik benehmen will.

Warum Hitler den Streik gestattet.

Um ein politisches Geschäft zu machen.

Der sächsische Landesverband der Metallindustriellen hatte zu einer Aussprache über den Metallarbeiterstreik auch den Führer der Nationalsozialisten, Herrn Hitler, eingeladen. Hitler sagte jedoch in letzter Stunde ab und schickte seinen politischen Mitarbeiter Major Wagner nach Dresden. In der Aussprache wurden gegen die nationalsozialistische Parteileitung heftige Vorwürfe erhoben, weil sie ihren Mitgliedern die Beteiligung am Metallarbeiterstreik gestattet habe.

Auf diese Vorwürfe antwortete Hitlers Stellvertreter, es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratie abgewandert.

Diese Entschuldigung der Nazis vor den Industriellen befreit nur, was jedem denkenden Arbeiter längst klar ist: die „Arbeiterfreundlichkeit“ Hitlers und seiner Kumpane hat nur den Zweck, Dumme zu fangen. Herr Goebbels markiert in den Volksoverfassungen den großen Protektorenfreund, und hinter den Kulissen erklären die Vertreter Hitlers, ihre zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit sei nichts anderes als Mittel zum Zweck, auf deutsch: Schwindel.

Spekulation auf Dumme.

Die „Welt am Abend“ muß wissen, was sie ihren Lesern außer pornographischen Romanen noch bieten kann. Während die RSD. zum Reichskanzler lief, um mit ihm zu verhandeln, erzählte das kommunistische Abendblatt, zwischen dem Deutschen Metallarbeiter-Berband und Herrn Brüning sei ein „Geheimabkommen“ getroffen worden. Während die RSD. zum Verband Berliner Metallindustrieller lief, um sich diesem anzubiedern, erzählte das kommunistische Abendblatt, Eggert, der Sekretär des ADGB, habe mit Vorsicht verhandelt und sich diesem gegenüber zum Stillschweigen verpflichtet. Als Verhandlungen infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer überhaupt nicht stattfinden konnten, erzählte das kommunistische Abendblatt seinen Lesern, es sei im Reichsarbeitsministerium zwischen Unternehmern und Gewerkschaftsvertretern verhandelt worden.

Kan ist schließlich am Dienstagabend verhandelt worden, und diese Verhandlungen haben auch zu einer Vereinbarung geführt. Worauf die „Welt am Abend“ triumphierend ausruft: sie habe doch Recht gehabt, wenn sie von Geheimverhandlungen und Geheimabkommen gesprochen habe.

Man muß wirklich staunen über die — Nachsicht der Leser dieses Blattes.

Urabstimmung.

Die Abstimmung erfolgt heute früh 8 Uhr in den Streiklokalen. Wo jedoch zu einem anderen Zeitpunkt Betriebsversammlungen anberaumt waren, bleibt es bei diesen Abmachungen.

UGB, Ackerstraße. Urabstimmung in der Zeit von 9 bis 3 Uhr, für die dritte und vierte Etage im Lokal Kurkowski, Feldstr. 3; für Parierre, 1. und 2. Etage Lokal Leuschner, Ackerstr. 110. Betriebsarbeiter im Lokal Reumann, Hermsdorfer Str. 8.

MG und Genest. Betriebsversammlung vormittags 11 Uhr, Schloßbrauerei Schöneberg. Ohne Betriebsausweis keinen Zutritt. Die organisierten Kollegen treffen sich um 9 Uhr an derselben Stelle.

Streikleitung Coewe Radio. Sämtliche Kollegen melden sich heute um 12 Uhr im Lokal Borchmann, Steglitz, Rheinstr. 40, gegenüber der Kaiserallee.

Bergmann, Seefstraße. Betriebsversammlung 10 Uhr im Pharusaal.

Bergmann, Rosenhal. Betriebsversammlung in den Hubertusjäten, am Bahnhof Schönholz.

Um 10 Uhr: Großmaschinenbau, Apparatebau, Kabelewert, Drahtfabrik.

13 Uhr: Trajo, Bahnbau, Allgemeines, Metallwert, V-Preße, 7. Abteilung.

Ludwig Coewe-Gesürel A.-G. Um 11 Uhr Funktioniönierenz bei Sturz, Luttichstr. 9. — Um 13 Uhr im Roobiter Gesellschaftshaus, Wicelstr. 23, Betriebsversammlung.

Gebüder Krendl, Jenastraße. Betriebsversammlung heute 14 Uhr im Streiklokal.

Askania-Werke, Berlin-Friedenau. Versammlung der Streikleitung 9 Uhr bei Klabe, Handjerystr. 60/61. Betriebsversammlung und Urabstimmung 11 Uhr in den Hohenzollernjäten, Handjerystraße. Otenslein u. Koppel, Spandau. Die Versammlung findet heute um 11 Uhr im Paradiesgarten, Seegfelder Straße, Spandau. Anschließend Urabstimmung.

Belegschaft A. Borjig, Tegel. Heute in der Zeit von 9 bis 12 Uhr Urabstimmung in den Stempelstellen über Annahme oder Ablehnung des Verhandlungsergebnisses. Die Streikleitung.

Belegschaft K. Feilner A.-G. Die Urabstimmung findet heute in der Zeit von 10 bis 2 Uhr im Lokal Sachs, Schillerstraße, in Oberhönoweide, Schillerpromenade, statt. Die Streikleitung.

Belegschaft Ostrom D. Heute vormittag 10 Uhr Betriebsversammlung im Lokal von Schöner, Stralau. Tagesordnung: Bericht und Urabstimmung. Ausweise sind mitzubringen.

Die Streikleitung.

Belegschaft Fripurwerke. Heute vormittag 9 Uhr Versammlung im Streiklokal „Hochbahnrestaurant“, Borschauer Platz. Tagesordnung: Urabstimmung. Die Streikleitung.

Belegschaft Deutsche Telefonwerke, Betriebe Berlin und Siedenberg. Heute vormittag 11 Uhr Streikversammlung und Urabstimmung im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, Großer Saal. Die Streikleitung.

Belegschaft Schwarzloppf und Majfel-Schwarzloppf, Werke Wltdau. Heute vormittag 9 1/2 Uhr findet im Kasino gemeinsame Betriebsversammlung und Urabstimmung statt. Die Streikleitung.

Belegschaft Zeiß-Kon. Goeth-Werl. Die Betriebsversammlung findet nicht, wie angegeben, am Freitag, sondern heute Donnerstag 10 Uhr im Lindenpark, Lichterfelde-West, Unter den Eichen, statt. Im Anschluß an die Betriebsversammlung Urabstimmung über das Verhandlungsergebnis. Es ist Pflicht aller Kolleginnen und Kollegen, zu dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. Die Streikleitung.

Preise und Löhne im Maschinenbau.

Tagung der Werkzeugmaschinen-Industrie / Kartelle werden gestreichelt.

Der Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken trat gestern zu seiner diesjährigen Haupttagung in Berlin zusammen. Die Tagung stand im Zeichen der Wirtschaftskrise und der Arbeitskämpfe.

Der bekannte Betriebsreorganisator Professor Schlieffinger von der Technischen Hochschule in Charlottenburg erstattete nach einleitenden wirtschaftspolitischen Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden das Hauptreferat über die Zukunft des deutschen Werkzeugmaschinenbaus. Der Redner wies darauf hin, daß die Rationalisierung besonders im Werkzeugmaschinenbau wesentliche Ergebnisse gezeitigt hätte. Von den 450 Fabriken, die nach Beendigung des Krieges noch in Deutschland arbeiteten, existierten jetzt nur noch 250. Die Belegschaft sei von 80 000 auf 37 000 Mann gesunken. Der Export, der im letzten Vorkriegsjahr 100 Millionen betragen habe, sei im letzten Jahr bis auf 240 Millionen Markt gesunken.

Der Anteil der Löhne an den Herstellungskosten sei in sehr starkem Umfang gesunken.

Bei der Behandlung des Problems der industriellen Produktionskosten äußerte sich Schlieffinger eingehend über die wachsende Last der sogenannten „fixen Kosten“, die sich besonders in den rationalisierten Betrieben bei sinkendem Beschäftigungsgrad schwer auswirkten. Der Werkzeugmaschinenbau müsse zur Gemeinschaftsarbeit gelangen, wie es auch in anderen Fertigungsindustrien, besonders dem Waggonbau, mit großem Erfolg durch-

geführt worden sei. Es wäre ein Übel, wenn bei gleichen Offerten eine Fabrik die Lieferung zum Preise von 30 000 Mark, eine andere Fabrik dagegen zu 160 000 Mark anbiete. In solchem Falle läge auf der einen Seite ganz zweifellos Schleuderei und auf der anderen Seite grobe Fehlkalkulation vor.

Der Werkzeugmaschinenbau müsse dazu kommen, wie in der Waggonvereinigung, einen Vertrauensauschuß als Sachverständigen zu bilden, der die Kalkulationsunterlagen, Gruppeneinteilung der Fabrikate und die Gewichte prüfe sowie die Erfahrungen für die gesamte Werkzeugmaschinen-Industrie gemeinschaftlich auswerte.

Diese Forderung wurde von dem Präsidenten des Reichsbahnzentralamtes, Dr. Hammer, lebhaft unterstützt. Unter Hinweis auf die greifbaren Erfolge der Gemeinschaftsarbeit im Waggonbau wies er nach, daß die Güterwagen heute für die Reichsbahn billiger seien als vor dem Kriege, woraus eine jährliche Ersparnis von 600 000 Mark für die Reichsbahn sich ergebe. Erst bei Gemeinschaftsarbeit und Prüfung der Kalkulationen durch Außenstehende würden die Quellen falscher Betriebskosten aufgedeckt werden können.

Danach polemisierte Dr. Rejner von der Kartellstelle des Reichsverbandes der deutschen Industrie gegen die Untersuchungen des Instituts für Konjunkturforschung über die Entwicklung der freien und gebundenen Preise. Dr. Rejner erklärte, daß die Untersuchungen des Instituts für Kon-

Eine wirkliche Preissenkung!



Die führenden Waschmittel der Welt

und jetzt so billig, daß sie von jedermann und für alles verwendet werden können. Darum in Zukunft für Wäsche und Haushalt nur Sunlight Seife, Lux Seifenpulver und Suma. Und dabei finden Sie auch auf jedem Paket den

Gutschein für wertvolle Gaben

SUNLIGHT SEIFE LUX SEIFENFLOCKEN

1/2 Pfund Doppelstück	40 Pfg., jetzt 30 Pfg.	Die große Doppelpackung	75 Pfg., jetzt 50 Pfg.
Der große Würfel	35 Pfg., jetzt 25 Pfg.	Die Normalpackung	40 Pfg., jetzt 30 Pfg.
Das praktische Handstück	15 Pfg., jetzt 12 Pfg.	Die Handpackung	25 Pfg., jetzt 20 Pfg.

SUMA das schonende Seifenpulver 1/2 Pfund Paket 45 Pfg., jetzt 40 Pfg.

SUNLIGHT GESELLSCHAFT A.G. MANNHEIM - BERLIN

